

**„Wir wollen wohnen!“  
Pressekonferenz am 14. Januar 2019**

Sprechzettel von Dr. Sabine Graf, stellv. Vorsitzende des DGB NRW  
Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Witzke hat soeben dargestellt, was Nordrhein-Westfalen zum Schutz der Mieter tun müsste. Um die Situation auf dem Wohnungsmarkt zu entspannen, fordert unser Bündnis darüber hinaus den Bau von deutlich mehr bezahlbarem Wohnraum. Laut NRW.Bank müssten jährlich 80.000 neue Wohnungen in Nordrhein-Westfalen gebaut werden, um den Bedarf zu decken. Um den Wegfall von Sozialwohnungen auch nur zu kompensieren, müssten rund 20.000 davon öffentlich gefördert und mit Preisbindung sein. Davon sind wir derzeit weit entfernt.

Das Ergebnis dieser Entwicklung ist, dass viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen zu hohen Anteil ihres Gehaltes fürs Wohnen ausgeben müssen. Unter Experten gelten 30 Prozent der Wohnkosten als Belastungsgrenze. Zahlen aus dem Jahr 2014 – das sind die aktuellsten, die uns vorliegen – zeigen aber: In Köln muss fast die Hälfte (*46,4 Prozent*) der Mieterinnen und Mieter mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens für die Kaltmiete aufbringen, 25 Prozent zahlen sogar über 40 Prozent. Und Köln ist keine Ausnahme, in zahlreichen Städten Nordrhein-Westfalens ist die Lage ähnlich und verschärft sich von Jahr zu Jahr.

Diese Entwicklung trifft nicht nur Menschen mit niedrigem Einkommen. Auch Normalverdiener haben es in Städten wie Köln, Düsseldorf, Bonn oder Aachen zunehmend schwer, die hohen Mieten zu stemmen. Viele Beschäftigte sind daher gezwungen, aufs Umland auszuweichen, mit allen negativen Konsequenzen die das Pendeln für die Betroffenen und unsere Umwelt hat. Für die Gewerkschaften ist aber klar: Polizisten, Erzieherinnen und Altenpfleger müssen dort, wo sie arbeiten, auch wohnen können. Wir dürfen nicht zulassen, dass bestimmte Großstädte Oasen für Besserverdiener werden. Es ist für Menschen, die jeden Tag arbeiten gehen, die Steuern zahlen und Kinder großziehen, schlicht nicht nachvollziehbar, warum für sie eine gute Wohnsituation nahe des Arbeitsplatzes nicht möglich sein soll. Und für die Gewerkschaften ist es ein untragbarer Zustand, dass die von uns ausgehandelten Gehaltserhöhungen regelmäßig durch Mieterhöhungen aufgeessen werden.

Dieses Problem zu lösen, ist eine der wichtigsten aktuellen Herausforderungen für die Politik. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass der Markt die Probleme nicht löst, sondern im Gegenteil verschärft. Die Bundesregierung geht aber zu zaghaft vor und die Landesregierung tut bisher gar nichts, um die Situation zu verbessern. Es scheint noch nicht verstanden worden zu sein, dass die Wohnsituation viele Menschen vor existentiellen Sorgen und Nöten stellt und ihr Vertrauen in die Politik auch davon abhängt, ob sie darauf eine Antwort findet.

Was müsste Politik also tun? Sie müsste die öffentliche Wohnraumförderung verdoppeln. Auf Landesebene müsste die Regierung Laschet endlich eigene Mittel aus dem Landesetat zur Verfügung stellen. Dabei sollte das Geld allein für den Mietwohnungsbau – und nicht für Eigentumsförderung – ausgegeben werden. Denn das Wohnraumproblem in unseren Städten lässt sich nur lösen, indem mehr und bezahlbare Mietwohnungen entstehen. Städtische Grundstücke dürfen nicht länger nach dem Meistbieterprinzip verkauft werden, sondern in erster Linie an gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen. Darüber hinaus brauchen wir wieder eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft. Ich übergebe jetzt an Herrn Woltering.